

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 6

Artikel: Wirtschaft und Wohlfahrt in Finnland
Autor: Gadolin, Axel v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160831>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WIRTSCHAFT UND WOHLFAHRT IN FINNLAND

VON AXEL V. GADOLIN

Die Nachkriegsbilanz

Der vorläufige Friede zwischen Finnland und der Sowjetunion vom 19. September 1944 ließ den Verlierer in einem wirtschaftlich erschöpften und politisch gefährdeten Zustande zurück. Zwar waren die Zerstörungen im Lande wie auch der Verlust an Menschenleben verhältnismäßig klein — der Krieg war ja hauptsächlich außerhalb der Landesgrenzen geführt worden und 1943/44 außerdem wenig aktiv —, der Verschleiß an Verkehrsmitteln und Kapitalgütern war aber sehr groß, die Produktion und besonders die Lebensmittelversorgung zerrüttet und der zu erwartende politische Linksrutsch unübersehbar. Hierzu kamen nun die harten Bedingungen der Abtretung der reichen Provinz Karelrien, der nördlichen Gebiete Salla und Petsamo mit der ganzen Eismeerküste, der Verpachtung der südlichen Halbinsel Porkala und der Reparationen, die zunächst auf 300 Mill. Dollar festgelegt wurden. Dafür sollte das Land nicht besetzt werden, die bis dahin verbotene kommunistische Partei aber legalisiert und die Rückkehr ihrer in Moskau tätigen Zentrale gebilligt werden.

Die abgetretenen Gebiete — mit 45 800 km² eine Fläche größer als die ganze Schweiz — machten 12% des alten finnischen Staatsgebietes aus und hatten annähernd eine halbe Million Einwohner. In der knappen Zeit von zwei Wochen räumte diese alteingesessene Bevölkerung zum zweiten Male binnen fünf Jahren ihre Heimat¹. Der Reichstag verpflichtete sich feierlich zu einer fast vollen Abfindung, was u. a. die Neuansiedlung von mehr als der Hälfte der Flüchtlinge notwendig machte und zu einer weitgehenden Agrarreform führte. Das Land verlor 30% seiner ausgebauten Wasserkraft, 20% der Eisenbahnen und rund 12% der sonstigen Industrie, einschließlich 60 Sägewerke und 20 große Holzveredelungsfabriken. Außerdem gingen die östliche Verkehrsader Finnlands, der Saima-Kanal, wie auch der größte Holzexporthafen Europas, das der karelischen Hauptstadt Wiborg (finn. Viipuri) vorgelagerte Trängsund (finn. Uuras) verloren.

Die Räumung wurde in voller Ordnung durch die eigenen Behörden durchgeführt, und die Russen besetzten erst etappenweise das geleerte Land, aus dem nur leichteres mobiles Vermögen weggebracht werden durfte. Die Flüchtlinge wurden auf Hunderte von Gemeinden in Süd- und Mittelfinnland verteilt, bis die große Landreform um 1950 herum gänzlich durchgeführt war. Gleichzeitig liefen nun die Reparationen an

Rußland, deren Buchwert plötzlich auf 600 Mill. Dollar sprang, nachdem die Russen erklärt hatten, daß sich die 300 Mill. Dollar laut Friedensvertrag auf Vorkriegsdollars bezogen. Da aber die russische Empfangskommission die Abnahmepreise weder nach den finnischen Herstellungskosten noch nach einem Marktwert, sondern ganz nach Gutdünken festsetzte, entstand neben dem Golddollar und dem wirklichen Dollar eine dritte Währung unter der Bezeichnung Kriegsschadenersatzdollar. Zu allem Übel bestanden zwei Drittel der zu liefernden Waren aus Metallindustrieerzeugnissen, Schiffen und Kabelprodukten, d. h. Waren, die bisher in Finnland größtenteils noch gar nicht hergestellt worden waren. Nur das restliche Drittel setzte sich aus Holzveredelungswaren zusammen.

Die Reparationen umfaßten 199 Warengattungen und wurden auf monatliche Lieferungen während einer auf acht Jahre verlängerten Dauer verteilt. Der Verzugszins bei Verspätungen betrug 5% je Monat. Obgleich gewisse Erleichterungen später erreicht wurden, dürfte Finnland während der Zeit 1944—1952 Waren im Werte von mindestens 600 Mill. Dollar gratis an die Sowjetunion geliefert haben, eine gewaltige Leistung, wenn man bedenkt, daß unzählige neue Kapazitäten eingerichtet werden mußten, was zu einer vollen Verdoppelung der Metallindustrie des Landes führte. Nach Ablauf der Zwangslieferungen übernahm die Sowjetunion im zivilen Handel den ganzen Absatz der noch weiter ausgebauten Neugründungen der Metallindustrie, in der die Werften eine leitende Rolle spielen.

Die erzwungene Inflation

Es leuchtet ein, daß der Staat, der schon den Krieg durch Notendruck hatte finanzieren müssen, jetzt erst gänzlich auf eine fortgesetzte Inflation angewiesen war. An sich hat die finnische Zentralbank «Finlands Bank», die das ehrenwerte Alter von fast hundertfünfzig Jahren besitzt, eine recht selbständige Stellung dem Staate gegenüber; hier kannte aber die Not keine Gesetze. Bekanntlich hatte das Großfürstentum Finnland schon 1877 die Goldwährung eingeführt, die bis 1915 in Geltung stand. Es war der lateinischen Münzunion beigetreten, so daß die alte finnische Mark (Fmk.) gleich einem Goldfranken war. Die Wirren des ersten Weltkrieges, aus denen die Republik hervorging, hatte den Münzwert auf ein Zehntel reduziert: der Dollar, der 1914 gut 5 Fmk. notiert wurde, stand 1938 bei 49 Fmk. Der Notenumlauf der Bank, der sich 1925—1939 nur unbedeutend vermehrt hatte, stand beim Kriegsausbruch um 2 Mrd. Fmk., war aber 1944 schon versechsfacht, d. h. bei 12 Mrd. Fmk.; im Jahre 1952, nachdem die Abfindung an die Karelier und die Reparationen geleistet worden waren, betrug die Notenmenge 43 Mrd. Fmk. Gegen diese zwanzigfache Umlaufssteigerung war die

Dollarnotierung nur auf das knapp fünffache gestiegen, d. h. auf 231 Fmk. Selbstverständlich waren Außenhandel und Sortenhandel strengstens lizenziert.

Die Hauptkanäle der Inflation nach dem Krieg waren die folgenden: Erstens verlangten infolge des Linksrutsches und des wachsenden kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften diese den Indexlohn, und zwar unter Wiederherstellung des Lebensstandes vom Jahre 1938. Da 1944/45 die Hälfte der Produktion des Landes für die Reparationen beansprucht wurde, entstand ein schwerer Mangel an Gebrauchsgütern. Anleihen in Amerika, Schweden und Rußland (!) halfen etwas. Zweitens mußte die staatliche Wiedergutmachungskommission «Soteva» die Herstellung der Reparationswaren der Privatindustrie anvertrauen und dieses ganze «Luftgeschäft» voll und meistens durch Vorschüsse und gegen Index-Endpreise bezahlen (wobei man bei der Verrechnung nicht beachtete, daß die Vorschüsse immer in einer besseren Währung geleistet worden waren). Besondere Schwierigkeiten bereitete der Umstand, daß die Reparationen eine bedeutende Einfuhr an Metallen, Maschinen und Ausrüstung erheischten, die nur durch staatsgarantierte amerikanische Kredite ermöglicht werden konnte. Es trat in Finnland eine eigenartige inflationistisch finanzierte Gründerkonjunktur für die sog. Schadenersatzindustrie ein, die aber Vorbildliches leistete und eine Aufgabe, die für unmöglich erachtet worden war, vollständig löste.

Die dritte große Inflationsquelle lag in der Abfindung an die Karelier. Obwohl zwei «einmalige» Vermögenssteuern erhoben worden waren — beide Male in der Höhe von zusammen 10% auf fünf Jahre verteilt —, reichte dies nicht aus. Man hatte für das Prinzip der Realübertragung plädiert — und dieses konnte auch innerhalb der Agrarreform beobachtet werden —, aber die restliche Abfindung wurde in Geldwerten und Papieren eingetrieben und ausgezahlt. Als Prinzip galt, daß die Karelier in rund ein Zehntel des restlichen Nationalvermögens eintreten sollten. Der Staat kassierte nun die Raten der Vermögenssteuer ein, behielt aber das Geld bzw. die Wertpapiere in eigener Hand und übergab den Kareliern neugedruckte Entschädigungsobligationen. Es handelte sich also hier um eine versteckte Zwangsanleihe, wobei der Staat die eingekassierten Raten für andere Zwecke, meistens «konsumtiv» verwendete. Es leuchtet ein, daß die Obligationen bei dieser Versteckinflation binnen kurzem gewaltige Realverluste erlitten hatten; dafür wurden sie nun mit Index versehen und stiegen allmählich auf 600%.

Die Korea-Konjunktur

In dieser Lage klappten schon die verschiedenen Indexserien weit auseinander, und der Griff des Staates um die Handels- und Marktregelung wurde härter. Mietregelung und Steuerschraube waren zu Bleigewichten

geworden. Das System wäre zusammengebrochen, wäre nicht die Koreakonjunktur wie ein Geschenk von oben gekommen. Die alten westlichen Exportmärkte Finnlands waren wieder da; die Holzveredelungswaren, für die Rußland wenig Verwendung gehabt hatte, stiegen an, und die finnischen «terms of trade» waren vorübergehend fast doppelt so günstig wie vor dem Kriege. Die Industrie konnte nunmehr auf vollen Touren anrollen, und es gelang, die internationale Zahlungsbilanz Finnlands, die schon stark erschüttert gewesen war, in dieser Weise zu stabilisieren. Rückzahlungsraten konnten geleistet werden und ein Zwangskurs der Fmk. — weit über der sog. Kaufkraftparität — mit Erfolg aufrechterhalten werden. Hierdurch entzog man jedoch der exportierenden Holzveredelungsindustrie rund 40% ihrer wirklichen Erlöse, wodurch ihre Investitionstätigkeit weitgehend gehemmt wurde.

Die Regierung schien anzunehmen, daß die Koreakonjunktur eine permanente Erscheinung werden sollte und unternahm eine sog. Stabilisierungsaktion auf sehr hoher Ebene. Die Realgehälter der Arbeiter wurden um rund 30—40% über dem Vorkriegsniveau mit dem Index verankert — wobei Lohnregelungen besonders zugunsten der ungelerten Arbeit außerdem unternommen wurden, aber auch die Landwirte bekamen Indexschutz. Die Flüchtlinge hatten ihn ja schon. Mit den Exporterlösen unternahm die Regierung sog. Schockimporte an Konsumwaren in der falsch ausgelegten theoretischen Annahme, daß dieses vermehrte Warenangebot der Heimatinflation entgegenwirken könne. Die staatliche Wohlfahrt schwoll an, und die Steuern wurden auf ein Dreifaches im Realwert emporgetrieben. Langsam ging aber die Koreakonjunktur zurück und verwandelte sich in eine hohle Scheinblüte.

Die rot-grüne Mißwirtschaft

Während des Krieges hatte Finnland Koalitionsregierungen, die auf breiter parlamentarischer Majoritätsbasis ruhten und an denen sich die Sozialdemokraten maßgebend beteiligten. Als nun die Kommunisten unter russischem Druck im Herbst 1944 wieder zugelassen wurden, boten sie den anfänglich zitternden Sozialdemokraten — gegen Auslieferung der «Kriegspolitiker²» — Frieden und Versöhnung an, freilich unter der Bedingung einer gemeinsamen «Arbeitereinheitspartei» — eine Taktik, die bekanntlich später in der deutschen Sowjetzone zum Erfolg führte. Unter der Leitung des greisen V. Tanner faßte sich aber die Sozialdemokratie ein Herz und weigerte sich. Bei den ersten Nachkriegswahlen im Frühjahr 1945 erhielten von den total zweihundert Parlamentssitzen die Sozialdemokraten 50, die Kommunisten 49 und die Kleinlandwirte 48. Die restlichen Sitze verteilten sich auf die Schwedenpartei, die finnischen Konservativen und die finnischen Liberalen.

Die Arbeiterparteien hatten somit 99 Sitze gegen 101 bürgerliche. Als Einheitspartei hätten die Arbeiter infolge des proportionalen Berechnungssystems die Mehrheit von 101 erreicht. Mit aller Wahrscheinlichkeit wäre Finnlands Schicksal damit besiegelt gewesen.

Nachdem somit die kommunistische Attacke auf die Sozialdemokratie mißlungen war, versuchte man es noch mit den Kleinbauern — unter der alten Devise: Bauern und Arbeiter, vereinigt euch. Man hatte nun wieder Koalitionsregierungen, aus denen die Kommunisten infolge ihrer Unfähigkeit und Exilmentalität bald gänzlich verdrängt wurden. Die Werbung um die Kleinlandwirte gewannen die Sozialdemokraten, die immer vom Kolchossystem Abstand genommen hatten — zugunsten von industriellen Staatsbetrieben. Man war demnach interessiert, die «innere Kolonisation» soweit wie möglich zu treiben, um die Zahl der Kleinlandwirte zu vermehren. Nur gegen diesen politischen Hintergrund ist es verständlich, daß die Ansiedlung gar nicht bei den Flüchtlingen halt machte, sondern über Soldaten und Invalide immer weitere Kreise erreichte. Bei der gewaltsamen Inflation schien ja auch der Grund und Boden das einzig Feste zu sein. Während die Sozialdemokratie langsam die Kommunisten zurückdrängte, wuchsen nun auch die Kleinlandwirte an, bis die gemeinsame Vertretung im Parlament die kritische Zahl hundert überstieg. Dieses Ereignis schuf die rotgrüne politische Koalition. Im letzten Reichstag hatten die Sozialdemokraten 54, die Kleinlandwirte 53, die Kommunisten 43 und die drei bürgerlichen Parteien (Schwedenpartei, finnische Konservative und finnische Liberale) zusammen 50 Sitze.

Indessen kostete die Errichtung der neuen finnischen Kleinlandwirtschaft enormes Geld. Die indexlosen und billigverzinsten staatlichen Gründungsanleihen mit langen Tilgungsfristen wuchsen ins Uferlose. Gleichzeitig setzte neben der Wohnungszwangswirtschaft für die sog. Minderbemittelten ein staatlich unterstütztes Wohnungsbausystem ein, das den Namen «Arava» trug und fast für den ganzen Wohnungsbau aufkam. Da man wegen des Reallohns des Arbeiters die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht annähernd marktgemäß gestalten konnte, entwickelte sich ein Subventionssystem, das bis 20% des Etats beanspruchte. Das Budget war dann schon in Fmk. gerechnet sechzigfach gegenüber 1938, was einer realen Verdreifachung entsprach³. Die Inflation wurde weitergetrieben, so daß die Notenausgabe schließlich auf 60 Mrd. Fmk. anstieg — dreißigmal mehr als 1938. Das ganze Kreditwesen war zerrüttet und der einheimische Geldwert in unzählige Indexregelungen aufgesplittet. Durch steuerfreie Indexobligationen saugte der Staat noch die restlichen Sparguthaben auf.

Die Kommunisten, die an der Zwickmühle nicht teilnehmen durften, versuchten über die Gewerkschaften wieder zum Zuge zu kommen. Es gelang ihnen im März 1956 — gerade als der Leiter der Kleinlandwirte,

Dr. Kekkonen, nach einer intensiven Wahlkampagne Staatspräsident geworden war — den Generalstreik zu organisieren. In der vorliegenden Lage waren die Lohnforderungen unsinnig und konnten nur neue Inflationswellen auslösen. Auch der erreichte Kompromiß war zuviel; die Staatsfinanzen erholten sich nicht mehr; alle Schrauben waren im Übermaß angezogen, und die rotgrüne Koalition ging ihrem wenig ruhmreichen Ende entgegen. Bald war keine parlamentarische Majorität mehr als Regierungsgrundlage zu finden, und es mußte mit Experten- und Expeditionsregierungen regiert werden. Am 15. 9. 57 wurde eine Abwertung der Fmk. unternommen, die den Dollar auf 321 Fmk. brachte und die Doppelnotierung der Fmk. endlich aufhob. Gegenwärtig zeigen sowohl die Sozialdemokratie wie die Kleinlandwirte Zerfallstendenzen, die bei den immer noch bereitstehenden Kommunisten Hoffnungen erwecken. Die bürgerliche Opposition ist zersplittert. Die Wahlen vom Juli 1958 haben nun die Lage noch erschwert. Die Kommunisten verfügen heute über 50 Sitze, die Sozialdemokraten über 48, die sozialdemokratische Opposition (Linkssozialisten) über 3, die Kleinlandwirte über 48 und die drei bürgerlichen Parteien zusammen über 51.

Sozialisierter Kredit und Staatsbetriebe

Ehe man von Sozialisierung wußte, war schon der finnische Staatsbesitz rekordmäßig: dem Staate gehört nämlich seit altersher 35% der ganzen Fläche, oder ein Gebiet, das dreimal so groß wie die Schweiz ist. Es handelt sich hier um Lappland und Teile von Ostfinnland in erster Reihe. Somit ist der Staat auch der größte Waldbesitzer und dominiert durch seine jährlichen Holzversteigerungen das Angebot an Rohholz wie auch den Arbeitsmarkt des Holzeinschlags. Es nimmt demnach nicht wunder, daß der Staat das Verkehrswesen bestreitet — die Flößfahr-
rinnen allein betragen 16000 km — einschließlich der Eisenbahnen, die allerdings nur 5000 km umfassen. Die Länge der sog. allgemeinen Straßen beläuft sich auf 63000 km, von denen aber nur etwa 500 km asphaltiert sind. Die Wege, die aus Sand und Lehm bestehen, sind beim trockenen Wetter und auch im Winter, wo sie weitgehend gepflügt werden, recht gut, vertragen aber keinen schwereren Verkehr und fallen bei der Schneeschmelze teilweise ganz aus. Finnland nähert sich immer mehr dem Zeitpunkt, da es genötigt sein wird, eine Riesensumme für ein modernisiertes Straßennetz aufzubringen. Man rechnet, daß der Verschleiß an dem wachsenden Automobilpark — etwa 185000 Stück — in Finnland mindestens doppelt so groß ist wie auf dem Kontinent.

Der große Staatsbesitz gab Anlaß zu einer staatlichen Holzveredelung, die aber keineswegs vorherrscht, indem die großen Papier- und Zellstoffmühlen — die größten in Europa — durchweg privaten Gesell-

schaften in einheimischer Hand gehören. Die Kraftwerke dagegen werden durch Staat und Gemeinden gebaut, die weitgehend den elektrischen Strom kontrollieren. Man hat in Finnland von der Sozialisierung englischen Musters gänzlich abgesehen: die zahlreichen Staatsbetriebe sind nicht enteignet, sondern mit Steuer- und Inflationsmitteln gebaut. Die Eisenbahnen verfügen über bedeutende Werkstätten und die Erzgewinnung — Kupfer und Eisen — wird in staatlicher Regie besorgt, wobei die Staatsindustrien gerne die Aktiengesellschaftsform benutzen. Auch innerhalb der chemischen Industrie ist der Staat stark, und zum Domänenbesitz gehören zahlreiche landwirtschaftliche Einheiten. Der ganze Alkoholvertrieb in Finnland wird durch ein staatliches Monopol gehandhabt und dieses besitzt — wie übrige große Staatsgesellschaften — eine große Zahl Tochtergesellschaften: Restaurants, Reedereien, Brennereien usw. Die Finanzierung geschieht meistens über die sog. staatlichen Fonds, die ganz außerhalb des Etats eine selbständige Existenz haben und von den herrschenden Politikern kontrolliert werden. Die Anzahl dieser Fonds, die mit Budgetmitteln a conto gespeist werden, ist nicht weniger als 1700, worunter aber nur zehn leitende Riesenfonds. Das zusammengelegte formale Investitionskapital dieser Fonds bewegt sich um 200 Mrd. Fmk. (= 2,7 Mrd. Sfr.) Sie umfassen etwa hundert staatliche Aktiengesellschaften, deren Tätigkeit von keiner Vollversammlung je kontrolliert wird und die deswegen ihre «Gewinne» weiter investieren. Sowohl über die Fonds wie über das Budget entwickelt der Staat eine Kredittätigkeit, die dem halben Darlehensvolumen im Lande sich nähert. Es geht also in Finnland ein Zwangssparen oder vielmehr ein Zwangsinvestieren gewaltiger Proportionen vor sich, das sich statistisch in einer hohen Investitionsquote ausdrückt, in der Tat freilich öfters in Fehlinvestitionen besteht.

Die Folge der verschobenen Investitionstätigkeit in Finnland ist u. a. eine enorme Arbeitslosigkeit, die in diesem Jahre im April mit rund 80000 kulminierte. Das immer noch gültige soziale Vorsorgeprogramm der rotgrünen Koalition verlangt den Unterhalt dieser Arbeitslosen auf vollem Lohnniveau, denn ein Sozialgesetz verpflichtet den Staat dafür zu sorgen, daß ein jeder ein Recht auf Arbeit hat. Die Arbeitslosen werden demnach beschäftigt, aber ohne Plan und Effektivität. Nun will man ein riesiges staatliches Hochofenwerk in Lappland wie auch einige große neue Holzveredelungsindustrien gründen, um die Arbeitslosen zu beschäftigen. Die Effektivität der finnischen Staatsbetriebe verwirklicht aber den alten Spruch: *Vestigia terrent.*

Osthandel und Freihandelszone

Da die Holzveredelungskonjunktur nun wieder verebbt ist — man nahm vorsorglich der schon bedrückten Exportindustrie ihren «Abwertungs-

gewinn» durch Exportabgaben wieder ab —, wendet man sich wieder dem Osthandel zu; dieser wuchs so weit an, daß 1957 rund 30% des finnischen Außenhandels mit dem Ostblock getrieben wurden. Die Lage hier ist sehr verzwickte: die Metallindustrie steht jetzt für 15% der Totalausfuhr des Landes und verkauft überwiegend in Rußland. Die Russen sind sichere und wenig konjunktorempfindliche Käufer; der Staat springt wenn nötig mit Krediten ein und übernimmt sowieso die Moskauer Guthaben, die dort einfrieren, wenn man nicht den Import aus Rußland immer wieder anregt, was u. a. dadurch geschieht, daß Finnland Kraftwagen und Traktoren nur vom Ostblock bezieht. Außerdem ist die Metallindustrie, die rund 85000 Arbeiter beschäftigt, der größte Arbeitgeber von Finnland. Die finnischen Hauptexportwaren nach Rußland sind Schiffe aller Art und Maschinen, die Importwaren Getreide, Erdöl, Kohle, Metalle und Automobile. Als die Reparationslieferungen noch am Anfang waren, fing schon der «zivile» Handel mit Rußland an. Im Jahre 1945 traf man eine Kompensationsabmachung, die 1946 auf Dollarclearingbasis gestellt wurde. Der Handelsvertrag von 1947 führte zu einem Ostblock-Dreieckvertrag mit Moskau als Zentralclearing. Die Russen zahlten sogar laut dem Fünfjahresvertrag 1950—1955 — der bis 1960 verlängert wurde — 10—15 Mill. Dollar jährlich in Westwährung aus, weil Finnland für seinen Metallwarenxport nach Rußland westliche Importe braucht. Dagegen schrumpften die Verwendungsmöglichkeiten des Ostclearings zusammen, nachdem Polen für Kohlenlieferungen an Finnland sich nicht mit Rubelguthaben zufrieden gab, sondern einen Teil in Westwährung verlangte. Nunmehr haben die Russen ein besonderes Grenzhandelsgebiet Leningrad eingerichtet, das «selbständig», aber auch bilateral, mit Finnland zusätzliche Handelsabkommen schließt. Die Anschuldigungen gegen Finnland wegen Butterdumping in England führten zu dem Plan, Leningrad mit finnischen Milchprodukten zu versehen. Eine Folge der veränderten Agrarverfassung in Finnland war nämlich die Zunahme der Milchwirtschaft auf Kosten des Getreidebaus. Die Milchproduktion stieg von 100 auf 150% der Selbstversorgung, der Getreidebau sank von 85 auf 45%, wobei die entstehende Lücke durch entsprechend größere Getreideeinfuhr aus der Sowjetunion ausgeglichen werden mußte.

Finnland befindet sich nun in einem Dilemma, indem es für seine große Standardausfuhr — Holzveredelungswaren — durchaus von Westeuropa abhängig ist und demnach in die Freihandelszone möchte. Andererseits setzt der Ostblockhandel, der politisch untermauert ist, der Liberalisierung gewisse Grenzen (die jetzt etwa bei 80% liegen), weil die freiwillige Einfuhr aus Rußland immer der Ausfuhr nachhinkt. Außerdem winkt die Sowjetunion mit Anleihemöglichkeiten z. B. für den erträumten industriellen Ausbau von Lappland, der dann natürlich in staatlicher Regie

unternommen würde. Als Ablenkung wird zur Zeit der sog. nordische gemeinsame Markt erörtert, der aber kaum 8% des finnischen Außenhandels erfassen würde. Dagegen ist der schon ins Leben gerufene gemeinsame nordische Arbeitsmarkt von größter Bedeutung für Finnland, indem an die 70000 Saisonarbeiter in Schweden Arbeit suchen. Auch ein geplantes nordisches Investitionsinstitut sowie gewisse gemeinsame Kraftwerkprojekte interessieren stark. Sonst bezieht sich immer noch gut die Hälfte des finnischen Außenhandels auf die OEEC-Staaten, und dieser Prozentsatz würde bei ganz freiem Handel wieder anwachsen.

¹Laut dem Moskauer Diktatfrieden vom März 1940, der bekanntlich den sog. finnisch-russischen Winterkrieg 1939/40 beendigte, mußte dieselbe Bevölkerung bei Schneeschmelze die Heimat in zehn Tagen räumen. Nachdem die finnländischen Truppen im Spätsommer 1941 — nach dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges — Karelien zurückeroberten (wobei die abrückenden russischen Truppen die dorthin geschickte fremde Bevölkerung wieder mitnahmen), bezog die alte Bevölkerung aufs neue ihre Provinz, deren Besitzverhältnisse durch einen Gesetzesakt wiederhergestellt wurden. Die Sache wurde jedoch kompliziert, indem den Kareliern schon eine Abfindung zuerkannt worden war, die eine 10% ige Vermögenssteuer einschloß. Diese Abfindung wurde nun als Wiederaufbaumittel betrachtet und ging — nachdem das wiederaufgebaute Karelien im Herbst 1944 zum zweiten Male abgetreten wurde — gänzlich verloren. Es folgte eine zweite Abfindung in etwa entsprechender Höhe. ²Im Jahre 1946 wurden die leitenden finnischen Politiker der Kriegszeit vor ein im Friedensdiktat erzwungenes, aber ungesetzliches und zu diesem Zwecke gewähltes Tribunal gezogen, das sie zu Gefängnisstrafen verschiedener Länge verurteilte. Man meint, daß die Initiative von finnisch-kommunistischer und nicht von russischer Seite stammte. Die Verurteilten wurden finnischen Strafbehörden übergeben, gut behandelt und konnten auf Grund «einwandfreien Benehmens» nach halber Strafzeit wieder auf freien Fuß gestellt werden. Diese Strafen wurden nicht als ehrenrührig betrachtet, und die meisten erhielten ihre früheren Posten zurück. So ist der «Kriegsverbrecher» Professor Dr. Linkomies eben Rektor der Universität der Hauptstadt und der Kollege Dr. V. Tanner wieder Leiter der Sozialdemokratischen Partei. ³Kolossale Soziallasten werden durch die Kinderbeiträge und die Volkspensionen verursacht.